**Bezugs-Preis**
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Direkte tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

**Redaction und Expedition:**
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

**Filialen:**
Otto Hahn vorm. O. Klemm's Sortim., Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

**Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.**

**Anzeigen-Preis**
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

**Annahmeschluß für Anzeigen:**
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 498. Sonntag den 30. September 1900. 94. Jahrgang.

## An unsere geehrten Inserenten!

Die Unterzeichneten erlauben sich hierdurch ergebenst mitzutheilen, daß vom 15. October d. J. ab der Preis für Anzeigen in ihren Blättern **25** Pfg. für die kleine Zeile beträgt. Auf bereits aufgegebene, über den 15. October hinaus, event. bis längstens Ende dieses Jahres noch laufende Anzeigen findet diese Preisänderung keine Anwendung.

Die Erhöhung des Zeilengrundpreises von 20 auf 25 Pfg. wurde bedingt durch die allgemeine Steigerung des Preises für Zeitungsdruckpapier um 30 bis 40 Procent und vieler anderer in unserem Betriebe nöthiger Materialien, wie auch durch die neuerlich gesetzlich festgelegte wesentliche Erhöhung des Postzeitungstarifes.

**Leipziger Tageblatt.**
**Leipziger Neueste Nachrichten.**
**Leipziger Stadt- und Dorfanzeiger.**

## Aus der Woche.

Während alle anderen Mächte dem in der Note des Grafen von Bülow [illegible] Vorschlag wenigstens im Prinzip [illegible], hat Amerika abgelehnt und zögert England mit der Antwort. Die „angelsächsischen" Staaten haben sich also zusammengefunden, um Deutschen, die Sentimentalität in die Politik zu tragen und das Wort „Blut ist dicker als Wasser" zur Grundlage von staatsmännischen Berechnungen zu machen geneigt sind, eine hoffentlich wirksame Lehre zu ertheilen. Die „Stammverwandten" ergänzen durch Unfreundlichkeit. Ob die grundsätzliche Zustimmung der anderen Regierungen praktisch viel zu bedeuten hat, muß sich allerdings auch erst herausstellen. Da dem deutschen Rundschreiben neuerdings in „befreundet" sich gebärdenden auswärtigen Blättern mit seltener Ungenirtheit Dinge untergelegt werden, die nicht darin stehen, so z. B. das Verlangen nach einer „willkürlichen Bestrafung" von Chinesen, so sei wiederholt, was vor einer Woche hier verzeichnet wurde, daß nämlich die Note des Grafen v. Bülow in Deutschland allgemein einen sehr guten Eindruck hervorgebracht hat. Selbstverständlich kann sich die Befriedigung des Publicums nur auf den Inhalt des Actenstücks erstrecken; ob der Zeitpunkt des Erlasses den Umständen entsprechend gewählt gewesen ist, entzieht sich dem Urtheile des nicht diplomatisch eingeweihten Beobachters.

Jedenfalls ist die augenblickliche Lage dazu angethan, es nicht bedauern zu lassen, daß das vielfach gelängerte Verlangen, den Reichstag für Ende September einzuberufen, ungestillt geblieben ist. Die grundsätzliche Opposition würde, wie die Haltung ihrer Presse erkennen läßt, die amerikanische Regierung gegenüber der Bülow'schen Note unterstützen und den nationalen Parteien wäre Angesichts eines in seiner Wirkung noch nicht vollkommen erkennbaren Schrittes der eigenen Regierung vollständiges Stillschweigen auferlegt. Letzteres würde unerwünscht sein, und die Forderung, daß im Reichstag von politisch positiv gerichteter Seite Manches, was sich um die chinesische Action wie Epheu, der bekanntlich kein stützendes Gewächs ist, rankte, ohne Scheu zu tadeln, wird sogar in Blättern wie die „Berl. Neuest. Nachr." laut. Sehr große Erwartungen wird man auf den Freimuth der nichtradicalen Parteiführer wohl nicht setzen dürfen, immerhin ist es gut, daß eine besonders delicate internationale Situation, wie die gerade jetzt und zwar durch Deutschland geschaffene, ihnen nicht einen Grund zu vollständigem Stillschweigen bietet. Was aber die Bezeichnung des Termins der Einberufung des Reichstags anlangt, so ist der Augenblick gekommen, wo man den Zeitungen beistimmen muß, die sich über den Mangel auch nur einer Andeutung über die Absicht der Regierung als über eine Rücksichtslosigkeit gegen die einzelnen Mitglieder des Reichstages bitter beklagen. Es wird mit Recht bemerkt, daß nicht alle Parlamentarier Rentner oder Beamte seien und daß viele Herren in diesem Jahre, da ein früherer Zusammentritt als herkömmlich noch immer im Bereiche der Möglichkeit liegt, mehr als sonst in ihren privatgeschäftlichen Dispositionen sich behindert sehen, zumal da eine lange, arbeitsreiche Session in Aussicht steht und zwar auch für den von uns bereits als wünschenswerth bezeichneten Fall der Nichteinbringung der Krankencassenvorlage. Freilich, manche Abgeordnete möchten es sich leicht machen und plaidiren schon jetzt in ihnen zugänglichen Blättern dafür, daß man die Vertagung bis zum Herbst, also ein langes Parlament, von vornherein ins Auge fassen möge, da an eine Fertigstellung des Zolltarifs in einer Session von gewöhnlicher Dauer doch nicht zu denken sei. Wenn man mit solcher Meinung an eine Aufgabe herantritt, dann wird sie allerdings nicht bewältigt werden können, wie schon die Schülererfahrung lehrt. Unseres Erachtens sollte die Festsetzung des Zolltarifs mit aller Energie und der festen Absicht, sie bis zum Hochsommer zu beenden, in Angriff genommen werden. Die Voraussetzung ist freilich, daß die Regierung bis spätestens Ende Januar mit der Arbeit fertig geworden ist. Die allgemeine Erörterung im Reichstage wird allerdings eine ausgedehnte werden, die leider nicht zu bezweifeln ist, daß einzelne Interessengruppen ihre bete[illegible] Wünsche vorzeitig geltend zu machen entschlossen sind.

Die Landtagsw[illegible]hlen in Gotha, bei denen Socialdemokratie bei e[illegible] [illegible]theilt in der Ka[illegible] erlangt hätte, bieten mehreren Frommen ein Vehikel, politischen und kirchlichen Liberalismus loszuziehen. Es soll die Umsturzpartei in dem kleinen Herzogthum an die Schwelle der parlamentarischen Allmacht gebracht haben. Nun ist aber zufällig just das Gegentheil der Fall. Allzugut conservirte Ueberreste des Feudalismus und Absolutismus sind es, die eine Menge der Kleinbauern in Gotha — zwar nicht zu Socialdemokraten gemacht, ihnen aber den socialdemokratischen Stimmzettel in die Hand gedrückt haben, Ursachen, die bei Reichstagswahlen auch in dem politisch wie kirchlich so gar nicht liberalen Mecklenburg zu Gunsten der radicalsten Partei wirksam sind. Der sonst sehr renommistische „Vorwärts" beutet die gothaischen Wahlen auch gar nicht im Interesse der Unwiderstehlichkeit des collectivistischen Gedankens aus, sondern giebt in einer ziemlich sachlich gehaltenen Auseinandersetzung, wie ähnliche sich auch in bürgerlichen Blättern finden, rückhaltlos zu, daß einer „unglaublichen Mißwirthschaft" im Domänen- und Jagdwesen, die das kleine Staatswesen geradezu beherrschten, das Wahlergebniß zuzuschreiben sei. An der vorsündfluthlichen Domänenvertheilung und dem sonst unerhörten, durch einen ungeheuren Hochwildstand verursachten Wildschaden sind aber der „Mittelstandsmus" und der politische Liberalismus, selbst der fortgeschrittene, vollkommen unschuldig. Die fromme „Kreuzztg.", die diese „Factoren" verantwortlich macht, hätte sich übrigens bei der nicht minder frommen „Deutschen Tageszeitung" über den wahren Sachverhalt unterrichten können; dieses Blatt giebt der Wahrheit rückhaltlos die Ehre. Die Orthodoxie wird sich schon ein anderes Zugpferd als die gothaischen Zustände suchen müssen.

Nun weiß man: Der Eintritt Millerand's ins französische Ministerium und künftige ähnliche „Zulassungen" der hochmögenden Socialdemokratie bedeuten den „Beginn der politischen Expropriation der Bourgeoisie". Das ist auf dem „Internationalen Socialisten- und Arbeitercongreß" — Socialisten und Arbeiter sind also doch nicht ganz identisch? — gesagt worden und also muß es wohl wahr sein. Sonst ist über diesen Congreß kaum etwas zu bemerken. Die einstimmige Annahme der „Resolution gegen Weltpolitik, Militarismus und Colonialpolitik" zeigt das Schwindelhafte solcher Demonstrationen deutlich genug. Es haben dafür Franzosen gestimmt, die gelegentlich nach der Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen schreien und mitthun, wenn die heimische Regierung zu erneuten Aufwendungen für Heer und Marine gedrängt wird.

## Die Wirren in China.

**Die amerikanische Antwort in russischer Beleuchtung.**

Eine höchst bemerkenswerthe Kritik erfährt die amerikanische Antwort auf die letzte deutsche Circularnote in den Petersburger „Nowosti". Das Blatt schreibt:

„Der Rath, das Recht der Bestrafung dem Bogdychan (Kaiser von China) einzuräumen, ist eine offenbare Verspottung des gesunden Verstandes. In China sind Menschenleben wohlfeil, und die chinesische Regierung wird ganze Hunderte von „Schuldigen" finden, wenn sie ihren Familien kleine Summen bezahlt. Diese Unglücklichen werden hingerichtet werden, die Sache der verbündeten Mächte wird aber davon gar keinen Gewinn haben, wohl aber empfindlich geschädigt werden, da derartige Hinrichtungen von Personen, deren Schuld nicht bewiesen ist, die Bevölkerung stark erregen. Aus diesem Grunde hat Graf Bülow in seiner Note ganz mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich nicht um die Quantität, sondern um die Qualität handele, daß es nicht auf Massenhinrichtungen, sondern auf die Bestrafung einzelner thatsächlich Schuldiger ankomme.

Sollten die amerikanischen Minister wirklich im Ernste davon überzeugt sein, daß die chinesische Regierung selbst diese wenigen Schuldigen bestrafen werde? Wie kann sie die Leute bestrafen, die als Vollstrecker ihres Willens, auf ihren Befehl, vorgegangen sind? Möge die amerikanische Regierung beweisen, daß der chinesische Hof an der Bewegung völlig unbetheiligt ist, und sie wird in der That eine große Leistung machen. . . .

Nicht wenig seltsam erscheint jener Passus der amerikanischen Note, in dem auf die Nothwendigkeit der Wiederherstellung des Prestige der chinesischen kaiserlichen Gewalt hingewiesen wird. Wir haben eine ganze Reihe von Proclamationen und Manifesten des Bogdychans und der ihn leitenden Kaiserin gelesen, welche von der Vernichtung der Europäer handeln. Eine derartige Regierung muß man wegen solcher Handlungen nicht rehabilitiren, sondern beseitigen und stürzen. Der Bogdychan Hwangsü ist eine willenlose Persönlichkeit, und wenn er wieder auf dem Thron rehabilitirt wird, so hätten die verbündeten Mächte keinen Vortheil davon, da er sofort wieder in die Gewalt der Feinde der europäischen Civilisation gerathe. Die Kaiserin selbst braucht wohl kaum erwähnt zu werden, da sich alle Mächte von der Schädlichkeit ihrer Handlungen überzeugt haben. Uns scheint es, daß die Mächte zweckmäßig handeln würden, wenn sie, statt die Mandschu-Dynastie zu rehabilitiren, eine chinesische an ihre Stelle setzten. Ein derartiger entschiedener Schritt wäre eine in jeder Hinsicht fruchtbringende politische Maßregel, da das chinesische Volk, welches die Majorität der Bevölkerung des Himmlischen Reiches bildet, die Mandschu-Dynastie schon lange haßt und sich mehr als einmal empört hat, um sie zu stürzen und durch eine nationale zu ersetzen. Wenn die Großmächte danach strebten, so würden sie dem chinesischen Volke einen bedeutenden Dienst erweisen und Ruhe und Frieden im Lande auf lange sichern.

Die letzte Bemerkung der amerikanischen Note, wonach die Frage der Bestrafung ganz am Schlusse der Friedens-Verhandlungen, nicht aber vor ihrem Beginne erörtert werden soll, hat endlich gar keinen Sinn. Bevor man die Unterhandlungen beginnt, muß man sich doch über die Situation klar sein, welche diese Unterhandlungen hervorgerufen hat. Man muß erfahren, wie die Regierung, wie die Bevollmächtigten beschaffen sind, mit denen man die Unterhandlungen beginnt. Die Vereinigten Staaten, welche auf die Verhandlungen mit Li-Hung-Tschang eingehen, haben nicht einmal den Versuch gemacht, seine Rolle in der Geschichte der chinesischen Unruhen festzustellen und haben anscheinend vergessen, daß er erklärt hat, die Namen der Schuldigen seien ihm bekannt. Die Frage der Bestrafung entschieden — heißt den Grad der Schuld der Anstifter der Unruhen bestimmen. Wenn die Mächte dieses unterlassen, so befinden sie sich den Chinesen gegenüber in einer lächerlichen Situation, da gerade solche Personen an den Unterhandlungen theilnehmen können, welche der Bestrafung unterliegen.

Endlich ist zu bemerken, daß die ganze amerikanische Note im höchsten Grade tactlos erscheint und auf keinen Fall den Chinesen höhere Achtung vor den Verbündeten beibringen kann. Wir halten diese Note für einen großen politischen Fehler."

**Ein französisches Urtheil über England.**

Der Pariser „Eclair" schreibt:

„Wenn es eines neuen Beweises der Doppelzüngigkeit der englischen Diplomatie in den chinesischen Angelegenheit bedürfte, so läge er in der absichtlichen Verschleppung der Antwort des Foreign Office auf die Note des Grafen von Bülow, sowie in den falschen Nachrichten, welche die englischen Blätter um die Welte verbreiten. Während die anderen Regierungen ihre Stellung zu dem deutschen Vorschlage schon seit einigen Tagen zu erkennen geben, läßt die britische Regierung sich Zeit, als lohnte die Sache sich nicht der Mühe. Um den Verzug zu erklären, giebt sie vor, sie warte auf nähere Auskünfte der Gesandtschaft in Peking, als ob sie nicht schon längst solche Auskünfte hätte erhalten können. Morgen wird man uns vielleicht erzählen, die Boxer hätten die Depeschen des britischen Consuls in Peking aufgefangen. Um sich durch eine solche Taktik irreführen zu lassen, müßten die europäischen Diplomaten aber sehr naiv sein. Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß England eine friedliche Regelung des Conflicts nicht will. Da es sich aber gegenwärtig in der Unmöglichkeit befindet, die erste Rolle zu spielen, so sucht es die Dinge in die Länge zu ziehen, um später einen Vortheil wahrnehmen zu können. Die Londoner Presse gehorcht einem Losungsworte und unterstützt die geheimen Pläne der Regierung, indem sie Zwietracht zu stiften und das mühsam hergestellte Einvernehmen der anderen Mächte zu zerstören sucht. So brachte die „Morning Post" gestern die sensationelle Meldung, der Generalfeldmarschall Graf von Waldersee habe der chinesischen Regierung aus eigener Machtvollkommenheit ein Ultimatum gestellt. Davon weiß man in Berlin, wo man doch gut unterrichtet sein könnte, noch nichts. Es fragt sich, ob die anderen Mächte sich diese Fopperei noch lange gefallen lassen werden."

* **Berlin.** 29. September. Das Kriegsministerium theilt über die Bewegung der Truppentransportschiffe mit: „Sachsen" und „Straßburg" sind am 25. September in Taku eingetroffen.

* **Berlin.** 29. September. Der Dampfer „Prinzregent Luitpold" ist mit der abgelösten Besatzung des kleinen Kreuzers „Cormoran" am 28. d. M. in Suez eingetroffen und geht am 29. d. M. nach Port Said in See. Der große Kreuzer „Hertha" ist am 25. d. M. in Taku eingetroffen. Der kleine Kreuzer „Geier" ist am 28. d. M. von Chefoo nach Taku abgegangen.

* **Petersburg.** 29. September. (Telegramm.) Se. Majestät Kaiser Wilhelm verlieh dem Höchstcommandirenden der an den Gefechten von Taku und Tientsin betheiligten internationalen Truppendetachements, dem russischen Generalmajor v. Stössel, den Rothen Adler-Orden 2. Classe mit dem Stern und Schwertern.

* **London.** 29. September. (Telegramm.) Dem „Standard" wird aus Shanghai, den 27. d. M., telegraphirt: Hiesige chinesische Beamte behaupten, Rußland verspreche China, Geldmittel vorzustrecken behufs Rückzahlung der englischen Anleihe.

* **London.** 29. September. (Telegramm.) „Daily Mail" meldet aus Yokohama, den 27. September: Das Cabinet Yamagata ist zurückgetreten; mit der Neubildung des Cabinets wird wahrscheinlich Marquis Ito betraut werden.

* **New York.** 29. September. (Telegramm.) Eine von der amerikanischen Gesandtschaft in Peking stammende und vom 22. d. Mts. datirte Depesche besagt, im Besitze von Boxern sei eine Subscriptionsliste gefunden worden, auf der dreimal Beiträge auf den Namen des Prinzen Tsching eingetragen seien.

* **New York.** 29. September. (Tel.) Ein hier eingetroffenes Telegramm aus Tientsin vom 25. d. Mts. besagt: Wie eine Note berichtet, sind dreizehn schwedische Missionare im Norden der Provinz Schansi ermordet worden.

* **New York.** 29. September. (Telegramm.) Ein Telegramm der „New York Times" aus Washington besagt, wenn der Einspruch der Vereinigten Staaten gegen die Ernennung des Prinzen Tuan zum Präsidenten des Staatsrathes unberücksichtigt bleibe und Tuan in dieser Stellung belassen werde, so würden die Vereinigten Staaten es ablehnen, mit China in Verhandlungen zu treten, es sei denn, daß eine Garantie dafür gegeben werde, daß das Verhalten der chinesischen Friedensunterhändler nicht der Censur des Kaisers unterliegen solle.

* **Taku.** 23. September. (Meldung der „Agence Havas".) Ein französisches Bataillon, welches von Peking aufgebrochen war, besetzte Luku-tsao und Tschang-fin-tien, auf der Linie nach Paotingfu.

* **New York.** 28. September. (Telegramm.) Nach einem Telegramme des „New York Herald" aus Shanghai verlautet aus zuverlässiger chinesischer Quelle, daß die den Ausländern freundlich gesinnten Vicekönige der südlichen Provinzen Liu-kun-yi, Chang-chichtung und Juan-schi-kai in einer an den Thron gerichteten Denkschrift gegen den Prinzen Tuan und die Generale Kuang-yi und Tung-fu-hsiang schwere Anklagen erhoben haben. Tung-fu-hsiang hat noch immer den Oberbefehl über die chinesischen Truppen.

## Der Krieg in Südafrika.

„Ich fürchte, daß ich so bald noch nicht zurückkehren kann." — Mit diesen Worten schließt Lord Roberts eine Depesche an den Lord Mayor von London, in der er diesem mittheilt, daß die „City of London-Volunteers" bis zum 5. November wieder in England sein werden. Diese wenigen Worte, so schreibt man uns aus London, lassen tief blicken und sie strafen sogar die vielen